



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codex- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Eine neue Schutzvorrichtung an Rotationsmaschinen. — Der Rechenschaftsbericht des Verbandes für das Jahr 1908. — Die neuen tariflichen Lohnsätze für Berlin. — Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908. — Korrespondenzen (Berlin, Cassel, Würzburg). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

Beilage: Die Gedankenwelt der Arbeiterin. — Korrespondenzen (Cassel, Darmstadt, Halle a. S., Nürnberg, Fürth, München).

Eine neue Schutzvorrichtung an Rotationsmaschinen.

(Nachdruck verboten.)

Schutzvorrichtungen werden häufig von denen, für die sie bestimmt sind, recht geringschätzig beurteilt. Das hat verschiedene Gründe. Manchmal bilden Schutzvorrichtungen, die vom grünen Tisch aus dekretiert werden, wirklich keinen Schutz, oft verdecken sie eine gefährliche Stelle, um daneben eine oder mehrere andere zu erzeugen, in sehr vielen Fällen aber erschweren sie die Arbeit und werden als unnütze Belästigung empfunden. In der Hauptsache aber ist der Widerwille wohl darauf zurückzuführen, daß die meisten Schutzvorrichtungen einfach angeordnet werden, ohne daß die Nächstbeteiligten, die Arbeiter, gehört worden wären. Das wird als unwürdige Bevormundung empfunden, als Zwang, dem sich die Betroffenen nur widerstrebend fügen. Daneben trottet vielfach die tiefe alte Gewohnheit, von der man sich nicht trennen kann und die jede Neuerung von vornherein mit Mißtrauen empfängt.

Dann mögen auch, besonders bei älteren Arbeitern, gewisse Reflexionen einen stillen Stolz erzeugen. Bis vor wenigen Jahrzehnten, als von Arbeiterschutz noch keine Rede war, galt es als selbstverständlich, daß der Arbeiter die gefährlichsten Kantierungen vornahm auf eigenes Risiko; verlor er seine gesunden Glieder, dann mußte er selbst und allein die Kosten tragen, und oft war ein Leben der Not und Entbehrung für den Verunglückten und seine Familie die Folge eines unvermeideten Betriebsunfalles. Zu jener Zeit dachte nur selten ein Unternehmer daran, die Arbeiter durch kostspielige Vorrichtungen nach Möglichkeit gegen Unfälle zu schützen. Verunglückte ein Arbeiter, dann trat ein anderer an seine Stelle, ohne daß es die Betriebskosten vermehrt hätte. Das wurde anders, als, dem Druck von unten nachgebend, die Gesehgeber sich der verunglückten Arbeiter annahmen und die Unternehmer haftpflichtig machten. Da verringerte jeder Betriebsunfall den Geschäftsgewinn, und die Unternehmer handeln seitdem im eigenen Interesse, wenn sie durch alle möglichen Schutzvorrichtungen Unfällen vorbeugen. Ihre Fürsorge gilt also, so wird angenommen, nicht den Arbeitern, sondern dem eigenen Geldbeutel.

Nicht allzu selten sind auch die Fälle, in denen es als Bravourstück gilt, wenn die Schutzvorrichtungen außer Acht gelassen werden. Es sind die rückständigsten, also meist unorganisierten Arbeiter,

welche auf diese Weise zeigen wollen, welche forsche Kerle sie sind.

In erfreulichem Gegensatz hierzu steht ein beträchtlicher anderer Teil der Arbeiterschaft. Je mehr sich die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen überhaupt ausdehnen, desto mehr wird auch der Wert der Schutzvorrichtungen erkannt und desto größere Aufmerksamkeit wird ihnen gewidmet. Ein großer Teil der besten und zweckmäßigsten vorbeugenden Maßnahmen ist dem Einfluß der Gewerkschaften zu verdanken; man erinnere sich nur, um ein einziges größeres Beispiel anzuführen, der jahrelangen erbitterten Kämpfe der organisierten Köpfer, um den notwendigsten Schutz gegen die gefährlichen Einflüsse der Witterung durchzusetzen.

Aber noch viel zu groß und viel zu verbreitet ist die Gleichgültigkeit gerade des einzelnen Arbeiters gegen Schutzvorrichtungen. Gewiß mögen manche derselben ungewöhnlich sein und zum Widerspruch herausfordern; aber solche verfehlten Vorkehrungen verschwinden stets wieder, und um so eher, je objektiver die Arbeiter der Sache gegenüberstehen. Gewiß ist auch, daß manche Schutzvorrichtungen die Arbeit behindern; gewiß, daß bei manchen die alten, in Fleisch und Blut übergegangenen Handgriffe durch neue, ungewohnte ersetzt werden müssen, deren vollkommene Aneignung oft Wochen oder Monate erfordert. Aber ist die hinderliche Schutzvorrichtung ein wirklicher Schutz, ist sie geeignet, auch nur wenige Menschen vor Unfällen zu bewahren, dann ist sie wert, daß ihr einige Bequemlichkeiten und Gewohnheiten geopfert werden.

Schutzvorrichtungen sind kein Allheilmittel, aber jede einzelne ist ein Kulturfortschritt. Deshalb hat jeder Arbeiter das größte Interesse, an der Verbesserung der vorhandenen und an der Einführung neuer brauchbarer Schutzvorrichtungen. Die weitverbreitete irrige Meinung „Wir haben schon viel zu viel Schutzvorrichtungen!“ muß der richtigen weichen: „Wir haben noch viel zu wenig Schutzvorrichtungen!“ Denn zahllos noch sind die unbedeckten Stellen, die den Arbeitern in den modernen Maschinen gestellt sind, und mit jeder neuen Maschine wächst für weite Arbeiterkreise die Gefahr, die Gesundheit oder gar das Leben zu verlieren.

* * *

Diese Betrachtungen wurden angeregt durch eine neue Vorrichtung, welche geeignet erscheint, die an Buchdruck-Rotationsmaschinen beschäftigten Hilfsarbeiter und Buchdrucker, besonders aber die ersten, von einer ständig sie bedrohenden Gefahr zu befreien, die um so größer wird, je intensiver der Zeitungsbetrieb sich gestaltet und je komplizierter und verschiedenartiger die Rotationsmaschinen gebaut werden: von der Gefahr, beim Einführen des Papiers mit den Fingern oder der ganzen Hand zwischen die Cylinder zu geraten. Das Papiereinführen fordert eine mit jedem Jahr steigende Anzahl von Opfern, so daß die Deutsche Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft sich genötigt sah, die so viel angefeindete Schutzstange (siehe Figur 2)

vorzuschreiben. Diese Schutzstange ist ohne Zweifel ein Fortschritt, aber ein sehr verbesserungsbedürftiger, was am besten diejenigen Hilfsarbeiter wissen, an deren Maschinen die Stangen angebracht und wieder abgenommen sind. Soll die Schutzstange ihren Zweck erfüllen, so muß sie dicht vor dem Berührungspunkt der Cylinder gelagert sein. Dadurch wird aber das Papiereinführen, namentlich an Maschinen, bei denen die Bahn von unten nach oben läuft, und die Cylinder schwer zugänglich sind, wenn nicht unmöglich, so doch eine äußerst beschwerliche und zeitraubende Arbeit. Außerdem ist diese Stange auch beim Platteneinlegen an solchen Maschinen hinderlich, bei denen, um die Platten festzumachen, die Cylinder auf einen gewissen Punkt gedreht werden müssen, weil man sonst mit dem Plattenschlüssel nicht an die Facettenschraube kommt, a. B. bei Augsburger 16-seitigen Zwillingmaschinen.

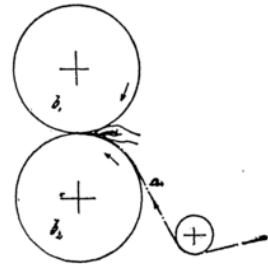


Fig. 1.

Die neue Vorrichtung ist nun derart konstruiert, daß sie nicht nur den Vorteil der Schutzstange besitzt, sondern dieselbe in der Schutzwirkung weit übertrifft und außerdem gegenüber der jetzigen Methode des Papiereinführens eine wesentliche Arbeitsvereinfachung bedeutet.

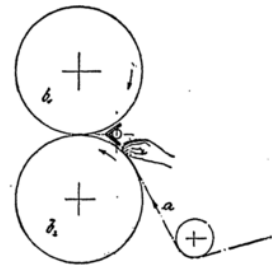


Fig. 2.

An der Stange c (siehe Figur 2) sind je nach den Papierbreiten 4 bis 6 kurze Arme angebracht, an deren Enden sich Rollen d befinden, welche mit Gummiringen bezogen sind. Die Stange ruht mit ihren beiden Enden in Lagern k, so daß sie mittels eines Handhebels g ein wenig um ihre Ase gedreht werden kann, derart, daß die Gummiringen nach Bedarf entweder fest auf dem Druckzylinder aufliegen oder von demselben entfernt werden können. Eine an dem Hebel befindliche Feder h hält die Stange in der gewünschten Lage fest. Das einzuführende Papierende a wird auf den Druckzylinder aufgelegt, durch einen Druck

auf den Hebel legen sich die Gummirollen auf das Papier und pressen es gegen den Zylinder. Wird nun die Maschine gekehrt, was erst geschieht, nachdem die Hände vom Zylinder entfernt sind, so läuft das Papier, durch die sich drehenden Gummirollen gehalten, selbständig durch die Zylinder. Um das Papier sicher bis zum Verührungspunkte der Zylinder zu bringen, ist die Stange mit einem Blechstreifen *f* versehen, welcher dem Papier die Führung gibt und gleichzeitig die Möglichkeit verringert, mit den Fingern zwischen die Zylinder fassen zu können. Schon der Umstand, daß bei der bisherigen Methode das Papier mit der Hand auf dem Zylinder gehalten werden muß (siehe Figur 1), bis es von beiden Zylindern gefaßt wird, läßt den Vorteil der neuen Vorrichtung klar zutage treten.

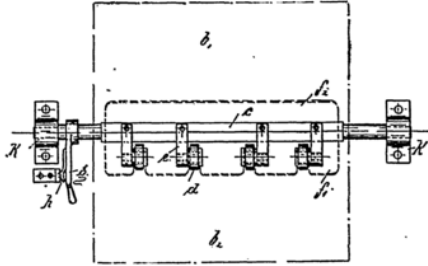


Fig. 3.

Es ist zweifellos, daß dieselbe von allen an Rotationsmaschinen beschäftigten Arbeitern bald als ein wirksames Schutz- und wertvolles Hilfsmittel bei der Arbeit begrüßt werden wird.

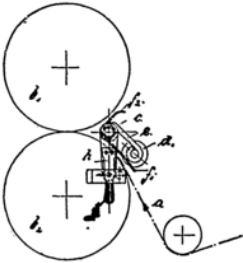


Fig. 4.

Die Vorrichtung ist bereits an einschneitenden 16-seitigen Zwillingss- sowie an doppelbreitigen 48-seitigen Maschinen angebracht und entspricht in jeder Beziehung dem, was vorstehend über sie gesagt ist.

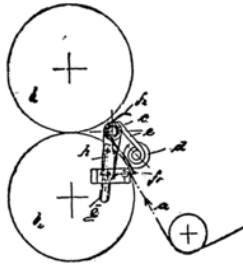


Fig. 5.

Die beistehenden Abbildungen 3-6 veranschaulichen die höchst einfache und leicht zu handhabende Vorrichtung, die an jeder Rotationsmaschine anzubringen ist. Figur 3 zeigt die Vorderansicht (b' stellt den Platten-, b' den Druckzylinder dar).

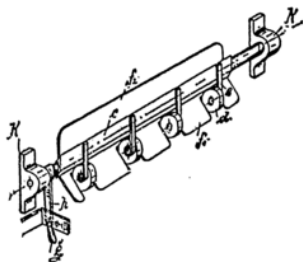


Fig. 6.

Figur 4 zeigt die Seitenansicht in dem Augenblick, wo das Papierende bei stillstehenden Zylindern unter die Rollen geschoben wird; bei Figur 5 ist das

Papier zwischen Rollen und Druckzylinder festgeklemmt und das Papier kann durch Drehen der Maschine zwischen die Zylinder geführt werden, ohne daß, wie schon gesagt, mit den Händen nachgeholfen werden mußte.

Wir empfehlen unseren Kollegen Rotationsarbeitern, die vorstehenden Ausführungen genau zu beachten und dafür zu sorgen, daß überall die nötigen Vorrichtungen angebracht werden, welche geeignet erscheinen, Unfälle der beschriebenen Art möglichst zu verhindern. Uns scheint die neue durch deutsches Reichspatent geschützte Erfindung eine der praktischsten auf diesem Gebiet zu sein und es wäre wünschenswert, wenn sie überall Eingang finden würde. Wir sind gern bereit, auf Anfrage Näheres mitzuteilen.

Der Rechenschaftsbericht des Verbandes für das Jahr 1908.

Der in diesen Tagen den Mitgliedern zugegangene Rechenschafts- und Massenbericht für 1908 legt erneut Zeugnis ab von dem Wirken und der Bedeutung unserer Organisation. Wenn auch nicht mit großen Ueberschüssen in der Kassengebarung brilliert werden kann und leider auch ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist, so können wir unter Berücksichtigung aller Umstände, die diese Erscheinungen auslösten, mit dem Jahre 1908 zufrieden sein. Zufrieden vor allen Dingen mit der inneren Ausgestaltung aller dem Wohle der Mitglieder dienenden Einrichtungen und dem Ausbau der Tariftgemeinschaft. Auch an unserem Verbandsstande ist die allgemeine wirtschaftliche Krise nicht spurlos vorübergegangen, doch können wir mit Stolz konstatieren, daß sowohl die Verbandskasse den großen Anforderungen, die die Arbeitslosigkeit tausender unserer Mitglieder stellte, voll und gerecht werden konnte und auch der Abfall von Mitgliedern auf ein Minimum beschränkt blieb. Im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen, deren Organisationsverhältnis viel schwerer unter den Krisenwirkungen zu leiden hatte, haben wir keinen Anlaß zu weiteren Befürchtungen, und es kann angenommen werden, daß die Beschlüsse des 4. Verbandstages, der im Berichtsjahre in München abgehalten wurde, welche erst im letzten Quartal in Wirksamkeit traten, sehr bald ihren Einfluß auf eine Steigerung der Mitgliederzahl ausüben werden. Zu dem Verlust von 659 Mitgliedern sagt der Bericht wörtlich, daß dieser „sich zum übergroßen Teil aus Kolleginnen und Kollegen der Steindruckereien zusammensetzt und dadurch hervorgerufen wurde, daß in Orten, z. B. Barmen und besonders Saalfeld und einigen größeren Druckorten mit der teilweisen Stilllegung der Steindruckpressen sich eine Arbeitslosigkeit von unübersehbarer Dauer ergab, die zur Folge hatte, daß die davon Betroffenen in anderen Berufen Arbeitsgelegenheit suchen mußten und uns dadurch verloren gingen. Dagegen war mit zunehmender Arbeitsmöglichkeit das Zurückfluten geübter Kräfte in unseren Beruf wieder zu beobachten, womit auch gleichzeitig der Mitgliederstand der einzelnen Orte wieder stabiler wurde. Eine Veranlassung zur Beunruhigung in unseren Reihen ist durch diese Tatsache nicht vorhanden, denn andere Gewerbe, wie die der Metall- und Holzbranche, haben ganz andere Mitgliederchwankungen in solchen Zeiten zu verzeichnen.“

Die Beschlüsse des Verbandstages, die geeignet sind, den Mitgliederverlust wieder wettzumachen, sind in erster Linie die Einführung des 5-Klassen-Beitrags- und Unterstützungssystems, abgestuft nach Lohnklassen, sodas es allen Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen möglich gemacht ist, entsprechend ihrem Verdienst ohne große Schwierigkeiten die Beiträge entrichten zu können. Zu der beschlossenen Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung kam ein neuer Unterstützungsweig, die Wöchnerinnen-Unterstützung. Wie weittragend auch dieser Zweig für den Verband ist, geht daraus hervor, daß bereits im letzten Quartal 1908 111 Kolleginnen diese Unterstützung in Anspruch nahmen, sodas die am Verbandstage zu Grunde gelegten Vorschläge nun ein Erfreuliches überschritten werden.

Der Bericht verzeichnet ferner die vorgenommene Anstellung des Verbandskassierers, Redakteurs und von Gauleitern in 9 Agitationsgauen, das wöchentliche Erscheinen der „Solidarität“ und den Abschluß von weiteren drei Ortstarifen in Nürnberg, Fürth und Breslau.

Die rechnerischen Ergebnisse sind wie in den Vorjahren sorgfältig bearbeitet und sehr übersichtlich zusammengestellt. Die Einnahmen betragen inkl. Saldo vortrag von 102 459,25 Mk. vom Jahre 1907: 298 469,30 Mk. Die Ausgaben belaufen sich auf 189 001,05 Mk., sodas ein Vermögensbestand von 104 468,25 Mk. zu verzeichnen ist. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus 21 748,12 Mk. Verwaltungskosten der Zahlstellen (gegen 22 427,37 Mk. im Jahre 1907), 40 635,95 Mk. Arbeitslosenunterstützung (1907: 19 442,70 Mk.), 24 396,55 Mk. Krankenunterstützung (1907: 17 497,20 Mk.), 11 775,48 Mk. sonstige Unterstützungen (1907: 17 229,19 Mk.) und 90 444,95 Mk. sonstige Ausgaben (1907: 55 176,15 Mk.). Unter den sonstigen Ausgaben sind die Kosten des 4. Verbandstages mit 13 843,45 Mk. mit einbezogen.

An Zahlstellen waren am Beginn des Jahres 1908 59 vorhanden, davon haben sich 2 aufgelöst, dagegen wurden 5 neue ins Leben gerufen, sodas am Jahresschluß 62 Zahlstellen verzeichnet werden konnten. Die Gesamtmitgliederzahl betrug Ende 1908 13 524 und zwar 6150 männliche und 7374 weibliche, gegen 14 183 Ende 1907 (6069 männliche und 8114 weibliche). Eingetreten sind 1893 männliche und 3417 weibliche, insgesamt 5310 Mitglieder. Ausgetreten sind 1812 männliche und 4157 weibliche, insgesamt 5969 Mitglieder, woraus der Mitgliederrückgang um 659 ersichtlich ist. Eine Mitgliederzunahme hatten 23 Zahlstellen, eine Abnahme 39 Zahlstellen zu verzeichnen.

Leider haben sich auch einige Fehler bei der Drucklegung eingeschlichen, die aber an den Gesamtergebnissen nichts ändern. So soll es auf Seite 18, Zeile 1 anstatt 8378,20 Mk. 8373,20 heißen. Ferner muß es auf derselben Seite in Zeile 27 und 28 heißen: „Für Rechtschutz sind 373,66 Mk. veranschlagt, und zwar nach Berlin I: 61,80 Mk., Berlin II 120,15 Mk., Berlin III 30,80 Mk.“ In Tabelle 7 auf derselben Seite muß es heißen für Streikende 1. Quartal 6893,20 Mk. anstatt 6892,20 Markt.

Eine eingehendere Besprechung dürfte sich an dieser Stelle erübrigen, da ja jedes Mitglied in die Lage versetzt ist, den Bericht einem genauen Studium unterziehen zu können. Jedenfalls soll niemand die Broschüre ungelesen beiseite legen; es bietet für jedes Mitglied, namentlich den Funktionären, genug des Interessanten und für die Beurteilung des Wertes unserer Organisation wichtiges Material.

Die neuen tariflichen Lohnsätze für Berlin.

Auf Grund der Bestimmungen des Berliner Lohntarifes treten am 1. Juli 1909 die erhöhten Lohnsätze in Kraft. Die Zulagen sind bereits für jene Woche zu bezahlen, in die der 1. Juli fällt. (Abs. 9 der Weiteren Beschlüsse).

Die Löhne für Anleger betragen ab 1. Juli:
im Alter von 18-19 Jahren 21 Mk.
im Alter von 19-20 Jahren 23 Mk.
im Alter von mehr als 20 Jahren 26 Mk.
Des Nachts 36 Mk.

Für Lernende müssen sich die vierteljährlichen Zulagen demnach um 25 Pf. erhöhen, sodas in den ersten drei Vierteljahren je 1 Mk., nach Beendigung des letzten Vierteljahrs 1,50 Mk. am Lohn zuzulegen ist.

Die Löhne für Saalarbeiter betragen ab 1. Juli:
im Alter von 18-19 Jahren 21 Mk.
im Alter von 19-20 Jahren 23 Mk.
im Alter von mehr als 20 Jahren 26 Mk.
Des Nachts 34 Mk.

Abzuehen erhalten ab 1. Juli am Tage 26 Mk., des Nachts 30 Mk.

Trotzdem Hilfsarbeiter als Gießer in der Rundstereotypie nur noch vereinzelt arbeiten, führen wir für diese Gruppe vom 1. Juli ab bestimmte Lohnhöhe ebenfalls an:

Gießer für Rundstereotypie erhalten am Tage 27,50 Mk., des Nachts 31,50 Mk.
 Rotationsarbeiter erhalten ab 1. Juli am Tage 26 Mk., des Nachts 29 Mk.
 Falzer erhalten ab 1. Juli am Tage 24,50 Mk., des Nachts 27,50 Mk.
 Punktiererinnen erhalten ab 1. Juli 19,50 Mk.
 Anlegerinnen erhalten ab 1. Juli 18,50 Mk.
 Ziegel-Anlegerinnen erhalten ab 1. Juli 17,50 Mk.

Alle anderen Entschädigungen, wie für Sinter-Anleger und Anlegerinnen, Schmierer, für Anlegerinnen an großen Maschinen, Spezialmaschinen, wie Windstrahl, Schwinger und Zweitourmaschinen bleiben dieselben. Bei den Gruppen, die hier nicht aufgeführt sind, findet keine Vohnerhöhung statt.

Die Zahlstelle Berlin hat bereits in ihren Mitteilungen auf die Erhöhungen hingewiesen, weil ein Teil der Mitglieder sich über den Zeitpunkt nicht klar ist, dann auch viele nicht mehr im Besitz ihres Tarifes sein werden. Wir erwarten also, daß die Mitglieder zur rechten Zeit ihre Ansprüche geltend machen.

Gleichzeitig ersuchen wir die Leitungen unserer Zahlstellen, wo ähnliche Abmachungen getroffen wurden, uns zu verständigen, damit wir rechtzeitig die Mitglieder aufmerksam machen können.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908.

Eine alte Fabel berichtet von einem Richter, der einen Weisheitsverkörpernden, seinem Arbeitspferde das Gnadenbrot bis an sein Lebensende zu geben, nachdem es alt und gebrechlich seinem Herrn auch die geringsten Dienste nicht mehr leisten konnte. Die heutige Gesellschaftsordnung hat aus dieser Fabel eine Unwahrheit gemacht. Alt und verbraucht oder durch einen Unfall vor der Zeit invalide, wird selbst dem Arbeiter das vorzuenthalten versucht, was jener gerechte Richter dem Arbeitspferde gewährte.

Wie viele Kämpfe mußte die Arbeiterklasse führen, um das bisherige Arbeiterrecht, das Flichtwerk sozialer Gesetzgebung, herbeizuführen, das die Arbeiterklasse besitzt. Mit welcher zäher Energie suchen die ausführenden Organe des Kapitals den Arbeiter Tag für Tag, Stück für Stück des — errungenen Rechtes — wenn wir es so nennen wollen, zu nehmen, die Gewährung einer Rente dem invaliden Arbeiter, für geleistete Arbeit, für seinen Lebensabend vorzuenthalten.

Gerade jetzt, wo die Gegner der aufstrebenden Arbeiterklasse dabei sind, angeblich der Forderung nach Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung nachkommend, den Arbeitern ein großes Stück des erkämpften Rechtes auf einmal zu entwenden; gerade jetzt erscheinen die Institutionen, welche für den Arbeiter die Waffe zum Kampfe um seine schmalen Rechte bilden, von erhöhter Bedeutung.

Trotz der Krise nun und des damit zusammenhängenden Umstandes, daß die Gewerkschaften gezwungen waren, Mittel sowohl als verfügbare Kräfte für die innere Konsolidierung der eigenen Organisation zu verwenden, haben die Sekretariate und ihre Tätigkeit auch im letzten Jahre eine erfreuliche Ausbreitung erfahren. Mögen einerseits die gleichen Ursachen, aus welchen die Unternehmer die Krisenzeit für geeignet halten, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hierzu die Veranlassung gegeben haben, so erbringen andererseits die durch die Statistik festgestellten Tatsachen den Beweis dafür, wie unfruchtbar es ist, von einem Niedergang der Arbeiterbewegung zu fabeln.

Die vorjährige Statistik berichtet über 96 Sekretariate und 132 Auskunftsstellen. Von den im Vorjahre gezählten Sekretariaten ist in diesem Jahre Bromberg unter die Auskunftsstellen gezählt. Das Solinger Sekretariat ist in diesem Jahre in der Statistik nicht aufgeführt, die Ursache ist der leidige Streit. Neu hinzugekommen sind die Sekretariate Neumünster, Sierlohn, Hof, Marktreudwitz, Borna, Pirna, Eßlingen, Seidelberg und Mühlhausen i. C., insgesamt also 9, so daß die Statistik für 1908 mit einer Gesamtzahl von 103 Sekretariaten abschließt.

Auskunft gewähren allen Auskunftsfindenden, die sich an das Sekretariat wenden, 72 Sekretariate, von diesen gewähren 59 auch Rechtshilfe allen Personen, die darum nachsuchen, die anderen 13 gewähren Rechtshilfe nur organisierten oder organisationsfähigen Personen. Nur an gewerkschaftlich organisierte und organisationsfähige erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe 13 Sekretariate, weitere 18 Sekretariate gewähren Auskunft und Rechtshilfe nur gewerkschaftlich oder politisch organisierten oder deren Angehörigen. Vertretungen an Gerichten übernehmen ständig 76 Sekretariate, während weitere 6 hierzu nur in Ausnahmefällen bereit sein können, da die dort vorhandenen Arbeitskräfte die nötige Zeit, Vertretungen ständig übernehmen zu können, nicht übrig haben. Wie diese Zahlen ergeben, ist einer beträchtlichen Zahl von Arbeitersekretariaten die Möglichkeit zu einer Vertretung genommen. Zum Teil liegt dies am Mangel an verfügbaren Arbeitskräften, zum größten Teil aber daran, daß die Sekretäre zur Vertretung vor Gerichten nicht zugelassen werden. Von den Sekretariaten, welche Vertretungen übernehmen, wird auch in diesem Jahre berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an anderen nicht.

Die Behandlung der Forderung an den Reichstag, diesen ungleichen Rechtszustand zu beseitigen, hat wieder mal recht deutlich gezeigt, von wem und an welchen Stellen Arbeiterinteressen vertreten werden.

Die Beschwerdevermittlung an die Gewerbeaufsicht wird von fast allen Sekretariaten übernommen, es sind dies deren 93, ferner befaßen sich 67 mit der Aufnahme von Statistiken. Bei 76, nahezu drei Viertel aller Sekretariate, gehörten die Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften oder andere gewerkschaftliche Arbeiten mit zum Tätigkeitsgebiet. Kein gewerkschaftliche Arbeiten werden nur dort von den Sekretariaten nicht erledigt, wo neben ihnen ein Gewerkschaftsbureau besteht, oder aber, wo die Tätigkeit der Sekretäre auf anderen Gebieten so umfangreich ist, daß die nötige Zeit für solche Arbeiten fehlt.

Für die Unterhaltung der Sekretariate werden in 38 Orten von den Mitgliedern besondere Beiträge erhoben, die sich zwischen 20 und 100 Pf. pro Jahr und Mitglied bewegen. 12 Sekretariate unterhält der Bergarbeiterverband. Von der Generalkommission werden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. In 39 Orten werden die Kosten aus der Kartellkasse gedeckt, an 5 von diesen 39 Orten zahlen die Mitglieder neben dem besondere Beiträge, in einem dieser Orte werden außerdem Beiträge von den beteiligten Organisationen geleistet. Durch besondere Beiträge der beteiligten Organisationen werden die Kosten für das Sekretariat an 20 Orten aufgebracht. Von diesen Orten erheben 2 neben dem noch von den Mitgliedern besondere Beiträge, an einem Ort wird außerdem noch ein Beitrag von der Kartellkasse geleistet. Zur Unterhaltung der Sekretariate tragen ferner bei bzw. zahlen bestimmte Zuschüsse an 37 Orten die Parteioorganisationen, an 8 Orten verschiedene Arbeiterunternehmungen. Zuschüsse aus Staats- und Gemeindegeldern erhalten die Sekretariate Bant und Göttha. Das Sekretariat Coburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate gibt mehr als alles andere einen Ueberblick über die Entwicklung der Sekretariate. Insgesamt wurden die Sekretariate im Jahre 1908 von 488 895 Auskunftsfindenden in Anspruch genommen, die Steigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt 69 063, das sind 14,12 pCt. Von den Personen, welche das Sekretariat in Anspruch nahmen, waren 395 275 männliche, 69 825 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, weitere 21 650 Personen waren Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende oder sonstige nicht als Arbeitnehmer zu bezeichnende Personen. Die Zahl der Behörden, Vereine und Korporationen, welche ein Sekretariat im Jahre 1908 in Anspruch nahmen, beträgt 2145. Am Sitze des Sekretariats wohnten von den Auskunftsfindenden 357 410, aus anderen Orten kamen 131 485. Von allen auskunftsfindenden Personen waren 344 623 oder 70,3 pCt. gewerkschaftlich organisiert.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte betrug im Berichtsjahre 515 039, wovon 36 396 oder 7 Prozent schriftlich ihre Erledigung fanden. Das Mehr an Auskünften gegen das Vorjahr beträgt 76 826. Nicht nur Auskunftserteilung und Rechtshilfe, sondern auch die Zahl der angefertigten Schriftsätze weist gegen das Vorjahr eine bedeutende Steigerung auf, diese Zahl stieg von 105 015 auf 131 129, also um 26 114 oder 24,8 pCt. Von den angefertigten Schriftsätzen entfallen auf Arbeiterversicherung 45 525 (34,7 pCt.), Arbeits- und Dienstvertrag 12 476 (9,5 pCt.), Bürgerliches Recht 16 411 (12,5 Prozent), Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 19 355 (14,8 pCt.), Strafrecht 5667 (4,3 pCt.) und sonstige Sachen 21 693 (24,2 pCt.). Unter Sonstige Sachen sind 10 002 Schriftsätze einbezogen, für welche keine Spezialangaben gemacht worden sind.

Das Gebiet der Arbeiterversicherung erforderte auch in diesem Jahre einen größeren Prozentfuß der Tätigkeit der Sekretariate. Es wurde Auskunft erteilt und Rechtsbeistand geleistet in Sachen der Arbeiterversicherung in 154 784 Fällen (30,1 pCt. der Gesamtfälle); den nächstgrößeren Teil an Arbeitsleistung erforderte das Gebiet Bürgerliches Recht; es wurden auf diesem Gebiete Auskünfte erteilt und Rechtshilfe gewährt in 149 814 Fällen (29,1 pCt.). Es folgen dann Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 75 348 (14,6 pCt.); Arbeits- und Dienstvertrag mit 73 759 (14,3 pCt.); Strafrecht mit 33 017 (6,4 pCt.); Arbeiterbewegung mit 7509 (1,5 pCt.); Privatversicherung mit 4889 (0,9 pCt.); Handels- und Gewerbesachen mit 3535 (0,7 pCt.) und Vereins- und Versammlungsrecht mit 1093 Fällen (0,2 pCt.) erteilter Auskünfte bzw. geleisteter Rechtshilfe. In sonstigen Angelegenheiten wurde noch in 11 291 Fällen (2,2 pCt.) Auskunft erteilt bzw. Rechtshilfe geleistet. Von den im letzten Jahre in bezug auf Arbeiterversicherung erteilten Auskünften entfallen auf Unfallversicherung 91 145 oder 58,9 pCt., auf Krankenversicherung 30 461 oder 19,7 pCt., auf Invaliditätsrenten 4273 oder 2,7 pCt., auf Invalidenversicherung 28 905 oder 18,7 pCt. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Berlin. Am Dienstag, den 22. Juni, fand eine vom Vorstand der Ortsverwaltung Berlin einberufene Branchenversammlung des Steinbruckerhilfspersonalts statt. Der Referent, Kollege Moritz, gab einleitend zu dem Punkte „Die augenblickliche Lage im Steinbruckerhandwerk“ den Stand der Mitgliederzahl bei dem im Januar erfolgten Zusammenschluß der 3 Berliner Zahlstellen und die Passungsverhältnisse bekannt. Die Krise, welche noch lange nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt ist, wird in ihren Wirkungen noch verstärkt durch die drohende Zollverletzung in den Vereinigten Staaten. Ein großer Teil der Erzeugnisse des Steinbrucks in Deutschland geht nach Amerika und es ist zu befürchten, daß Skandinavien und Dänemark sich dem Vorgehen Amerikas anschließen, wodurch große Betriebsbeschränkungen eintreten würden. Dies hat für die graphischen Arbeiter zur Folge, daß eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit eintritt, woran das Hilfspersonal ganz gewaltig beteiligt ist. In der Diskussion betreibt der frühere Vorsitzende der Zahlstelle 3, Kollege Luft, das Vorhandensein einer schlechten Konjunktur und behauptet, daß der Mitgliederrückgang nicht an den Wirren in dieser Zahlstelle liegt. Die Ortsverwaltung wäre gewiß in die Lage verberst, über Steinbruckerangelegenheiten in den allgemeinen Versammlungen diskutieren zu lassen, wenn die Branchenangehörigen so zahlreich wie in dieser Versammlung erscheinen würden. Es müßte Vorseorge getroffen werden, daß wie in früheren Jahren keine neuen Leute aus anderen Berufen namentlich bei den Steinbrucker angeleitet werden. Wenn die Kolleginnen besser die Arbeitsnachweisbestimmungen innehalten würden, dann wäre es auch möglich, mehr Einfluß auf die Steinbruckerbestände auszuüben. Kollege Moritz weist auf der Hand von Beispielen nach, daß in einem Teil der Berliner Druckerien Maschinen wegen Arbeitsmangel stillgelegt wurden. Die Konjunkturverhältnisse der letzten Monate wurden künstlich gebessert, weil verschiedene Unternehmer angeleitet der drohenden Zollverletzung in Amerika mit Nachdruck arbeiteten, um ihr Geschäft rechtzeitig ins Trockene zu bringen. Redner geht dann auf verschiedene interne Vorkommnisse ein, die geeignet sind, einen Teil der Mitglieder der Organisation zu entfremden. Kollegin Thiede tritt der Annahme

Aufts entgegen, daß die Konjunktur im Steinbrud-
gewerbe eine gute sei. In einer der größten Ex-
portdruckereien wird bereits über ein Jahr nur
5 Tage, in den letzten Wochen nur 4 Tage pro
Woche gearbeitet. Wenn wir die Krisenwirkungen
in Berlin nicht in dem Maße wie anderwärts
verspüren, so liegt dies daran, weil wir hier in
der Lage sind, die Kollegenschaft im Buchdruck
und anderen Berufen unterzubringen. Die Tabak-
und Plakattsteuer hat auch den Rückgang bewirkt.
Durch den Zusammenschluß der Berliner Zahl-
stellen kann nur Ordnung in die gestörten Ver-
hältnisse der Steinbrudereihilfsarbeiter gebracht
werden. Der Schutzverband der Steinbrudereibe-
fizer ist an der Arbeit, nach jeder Richtung hin
die Bestrebungen der Arbeiterschaft zu unter-
drücken. Es muß verlangt werden, daß die Kol-
legenschaft mehr Fühlung mit der Allgemeinheit
nimmt, dann können bessere Verhältnisse geschaf-
fen werden. Es gelang nach längeren Ausein-
anderhebungen folgender Antrag zur einstimmigen
Annahme: „Die Branchenversammlung der Stein-
bruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen vom
22. Juni 1909 beschließt, die Bestimmungen und
das Inkrafttreten des amerikanischen Zolltarifs
abzuwarten und dann erst in einer neuen Ver-
sammlung dazu Stellung zu nehmen. Zu dieser
Versammlung soll ein Referent über die Lage des
Steinbrudergewerbes nach Inkrafttreten des ameri-
kanischen Zolltarifs sprechen.“

Cassel. Protestversammlung am 8. Juni. Kol-
lege Sauer eröffnete die von fast allen Mitgliedern
der Zahlstelle besuchte Versammlung um 1/2 Uhr
und gab den Bericht der in Leipzig stattgefundenen
Sitzung der permanenten Tarifkommission bekannt.
Mit Behauern wurde bemerkt, daß die Prinzipals-
vertreter bei diesen Verhandlungen mit Material
zutage traten, welches mit der Tagesordnung der
Konferenz und mit den dort unbedingt zur Erörte-
rung und Regelung der tariflichen Mißverhältnisse
einzelner Orte nicht im Einklang stand und auf
Grund desselben nun nicht weiter verhandeln woll-
ten. Im Interesse eines gedeihlichen tariflichen
Zusammenwirkens wäre es besser gewesen, man hätte
diese Provozierung unserer Vertreter unterlassen
und Mittel und Wege eingeschlagen, alle die Miß-
stände aus den Allgemeinen Bestimmungen, wie
diese sich einzelne Tarifstädte nach ihrem Sinne
auslegten und bemeßmäßig abschloßen, zu regeln und
zu beseitigen, um so dem Tarife auch Ansehen und
größere Wirkung zu verschaffen. Einstimmig ber-
urteilte die Versammlung diese Behandlung und
nahm folgende Protest-Resolution an:

„Die am Dienstag, den 8. Juni, im Gewerk-
schaftshaus äußerst stark besuchte Protestversam-
mlung der Zahlstelle Cassel nimmt Kenntnis, daß
die am 18. Mai in Leipzig abgehaltene Sitzung
der permanenten Tarifkommission resultatlos
verlaufen ist. Die heutige Versammlung pro-
testiert ganz energisch gegen die in solcher Ver-
tagung liegende Provozierung und der darin lie-
genden Nichtachtung unserer Vertreter, sowie ge-
gen die deutlich erkennbare Absicht einer Ver-
schleppung der notwendig gewordenen Regelung
von Mißständen in unserem Tarifverhältnis. Die
Versammlung erwartet, daß wenn es der Princi-
palsorganisation ernst ist mit dem Tarife, daß
diese in kürzester Zeit eine neue Sitzung der per-
manenten Tarifkommission beantragt und durch
eine Geschäftsordnung die Vertagung wichtiger
Sitzungen aus solchen Gründen unmöglich macht,
da in Wiederholungsfällen das Vertrauen zu den
Tarifinstanzen erschüttert wird, was im Interesse
der Aufrechterhaltung und für den Ausbau des
Tarifs unbedingt schädlich ist.“

Würzburg. Am Sonntag, den 13. Juni, sprach
Gaulleiter Schmid aus München in unserer Ver-
sammlung. Seine Ausführungen über die Notwen-
digkeit des Zusammenschlusses aller Kollegen und
Kolleginnen in einer starken Organisation fanden
die lebhafteste Zustimmung der Anwesenden und hatten
zur Folge, daß mehrere Neuaufnahmen vollzogen
werden konnten. Es steht nunmehr zu erwarten,
daß die Zahlstelle Würzburg sehr bald ein kräftiges
Glieder unseres Verbandes wird. Die vorgenom-
mene Wahl des 1. Vorsitzenden fiel auf den Maschi-
nenmeister Herrn Joh. Kellerer; als Kassie-
rer wurde Kollege Nikolaus Adelman gewählt.

Rundschau.

Von der Waisfeier. Die 9. Generalversam-
mlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die
vom 31. Mai bis 5. Juni in Hamburg tagte, hat in
namentlicher Abstimmung ohne Debatte mit 129
gegen 51 Stimmen folgende Resolution angenom-
men:

„Nach den Beschlüssen der internationalen
Arbeiterkongresse soll die allgemeine Arbeitsruhe
am 1. Mai — die als die würdigste Form der
Waisfeier gilt — nur dann von den Arbeitern be-
gangen werden, wenn dies ohne Schädigung der
wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ge-
schehen kann. Hierzu erklärt die Generalver-
sammlung, daß das Ziel einer allgemeinen und
wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-,
Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter
Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe
und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaft-
lichen Interessen der Arbeiterschaft, sowie auch
mangels völliger Uebereinstimmung innerhalb der
Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Ar-
beitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen
ist.“

Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeitsruhe
am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel
zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeits-
bedingungen sowie zur Befestigung bereits errun-
gener Positionen nicht betrachtet werden kann, in-
dem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende
Berücksichtigung tatsächlicher Maßnahmen nicht er-
möglicht.

Die Generalversammlung kann deshalb den
Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an
der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht
machen, überläßt es vielmehr jedem einzelnen
Mitglied, sich an ihr unter Beachtung der inter-
nationalen Kongreßbeschlüsse und Uebnahme
aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai er-
gebenden Folgen zu beteiligen.

Die neunte ordentliche Generalversammlung
erklärt durch die Annahme dieser Resolution die
Resolution des Verbandstages in Leipzig zur
Waisfeier für erloschen.“

Es ist anerkennenswert, daß eine so große Ge-
werkschaft, trotz der Voraussetzungen, wegen dieses Be-
schlusses von der Parteipresse nicht mit allzu großer
Toleranz behandelt zu werden, den Mut aufbrachte,
offen und richthaltig auszusprechen, daß die bis-
herige Verfahrensweise in der Behandlung der Wai-
sfeierfrage unhaltbar geworden ist. Wir sind über-
zeugt, daß die große Mehrzahl der deutschen Ge-
werkschaften sich voll und ganz auf den Standpunkt
dieser Resolution stellt, weil ja die bisherige Situa-
tion kein anderes als das darin skizzierte Bild
zeigte, welches nur von keiner Seite zugestanden
wurde. Jedenfalls war eine so starke Organisation,
wie der Metallarbeiterverband, die berufenste,
bahnbrechend voranzugehen.

Arbeitermaßregelung auf Zeche Rabbob. Auf
Zeche Rabbob wurden einige Bergarbeiter, die in
dem Rabbobprozeß der „Arbeiterzeitung“ ungun-
stig für die Zechenverwaltung ausgesagt hatten, zu
Ende d. Wts. gekündigt unter der Motivierung,
daß die Zechenverwaltung sich ihre Kolonien nicht
besubeln läßt.

Aus dem Auslande. Oesterreich. Die
Wiener Zeitungsarbeiter haben sich nun doch ihr
eigenes Organ zugelegt, welches den Namen
„Solidarität“ trägt und jeden Monat am Ersten
erscheint. Die erste Nummer ist gut ausgestattet;
hoffen wir, daß es so bleibt und das neue Organ
neben, nicht gegen den „Druckerei-Arbeiter“
die Interessen der Kollegenschaft kräftig wahrneh-
men wird.

Schweiz. Nach den Beschlüssen der Delegie-
tenkonferenz, die zu Ostern in Chur stattfand,
wurde der Sitz der Leitung des Verbandes der
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im graphischen
Gewerbe der Schweiz von Bern nach Zürich verlegt.
Der bisherige Zentralpräsident Koll. R. H y d e g e r,
hat nach 7-jähriger Amtstätigkeit seine Funk-
tionen an den nunmehrigen Verbandssekretär H.
B a b t, Zürich, Volkmarstraße 6, abgetreten. Die
Reaktion des „Graphischen Hilfsarbeiter“ über-
nimmt vom 1. Juli ab der Leiter der Sektion
Basel, Kollege J. G a a s.

Die städtische Arbeitslosenversicherung in
Bern in der Schweiz soll reorganisiert werden.
Auf Verlangen der Mitglieder will man die Ver-
sicherten in zwei Kategorien, in gelernte und unge-
lernte Arbeiter, scheiden und den Monatsbeitrag
auf 1,50 Frs. bzw. 1 Frs. erhöhen, während er
gegenwärtig nur 70 Centimes ohne Unterschied
beträgt. Die tägliche Unterstützung, die jetzt 1,50
Fr. für ledige und 2 Fr. für verheiratete Mit-
glieder beträgt, soll auf 2,50 Fr. für verheiratete
Ungelernte und auf 3 Fr. für verheiratete Ge-
lernte und auf 2 Fr. für die ledigen Gelernten
erhöht werden. Weiter soll die Unterstützungstätig-
keit der Kasse auf das ganze Jahr ausgedehnt wer-
den, während sie bis jetzt nur während der Winter-
monate Dezember, Januar und Februar Arbeits-
losenunterstützung ausbezahlt. — Wir glauben
nicht, daß unter den Mitgliedern, die einen Unter-
schied zwischen Gelernten und Ungelernten ver-
langen, sich auch die letzteren befinden. Jedenfalls
dürfte die Unterstützungsnotwendigkeit während der
Arbeitslosigkeit für beide Gruppen dieselbe sein,
da ja auch der Hunger sich nicht abtufen läßt.
Aber der Ungelernte soll es auch dann fühlen, daß
er Mensch zweiter Klasse ist, wenn er genau die-
selben Hungerübungen macht, wie sein „gelernter“
Arbeitsbruder.

R u s s l a n d. Der Nigaer Verein der im Buch-
gewerbe Tätigen hat den Beschluß, ein eigenes
Vereinsjournal herauszugeben, verwirklicht. Unter
dem Titel „Baltischer Buchdrucker“ erschien soeben
die erste Nummer. Das Organ erscheint monat-
lich einmal in deutscher Sprache. Wir wünschen
dem neuen Kämpfer, daß es ihm gelingen möge, die
gestellten Aufgaben zu lösen und daß die Aufklärungs-
arbeit unter den baltischen Bucharbeitern
gute Früchte tragen möge.

Versammlungskalender.

Dortmund. Jeden ersten Mittwoch im Monat
Versammlung um 8 Uhr abends im Lokale des
Herrn Dirkes, Brückerweg.

Adressenveränderungen.

Würzburg.
Vorsitzender: Johann Kellerer, Sophien-
straße 15.
Kassierer: Nikolaus Adelman, Zeitshöch-
heim, Würzburgstr. 22.

Nürnberg. Das Bureau und der Arbeitsnach-
weis befinden sich ab 1. Juli 1909 Innere Cramer-
Klettstraße 1.

Zahlstelle Frankfurt a. M. Zur Beachtung!
Vorsitzender: Anton Kalb, Bergerstr. 67 III. Da-
selbst Verbandsbureau und Arbeitsnachweis.
Sprechstunden den ganzen Tag außer Sonntags.
Arbeitslosen- und Krankenunterstützungs-Auszah-
lung ebenfalls im Bureau, Samstag von 6—8 Uhr
abends. Vom 1. Juli tritt unser Ortsstatut in
voller Kraft in Anwendung und haben sich arbeits-
lose Mitglieder zu den festgelegten Stunden täglich,
erkrankte Mitglieder am ersten Tage der Krankheit
zu melden, andernfalls Unterstützung nicht ausbe-
zahlt wird.

Die Ortsverwaltung. F. A.: Anton Kalb.

Am Mittwoch, den 9. Juni 1909, beendete un-
serer liebe Kollegin
Marie Wiedmann
im Alter von 16 Jahren ihren Lebenslauf.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
die Zahlstelle Stuttgart.

Verband der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Zahlstelle Leipzig.

Unser diesjähriges

Sommer- und Kinderfest

findet am

Sonntag, den 1. August 1909, im „Albert-Garten“, L.-A.

statt. — Programm a 15 Pfg. gelangen in dieser Woche zur Ausgabe. Vereinsprogramme sind an der Kasse
nicht zu haben. — Belustigungen und Gesellschaftsspiele für Jung und Alt. — Konzert und
Ball in zwei Sälen.

Der Festausschuß.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 26.

Berlin, den 26. Juni 1909.

15. Jahrgang.

Die Gedankenwelt der Arbeiterin. *)

In den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart nimmt die Arbeiterin hervorragenden Anteil, wenn das auch ihr selber nicht immer bewußt ist. Der Kapitalismus hat sie aus der begrenzten Häuslichkeit gerissen und in seine Fabriken und Werkstätten gestellt. Kann sie auch nicht mit dem Stimmzettel ihrem politischen Willen Ausdruck geben, indirekt tritt ihr Einfluß bei allen Wahlen hervor. Die wirtschaftlichen Kämpfe und Erschütterungen berühren sie doppelt, weil sie als Arbeiterin und als Frau des Arbeiters getroffen wird, muß sie doch mit dem verminderten Einkommen die Ausgaben für die Familie decken.

Gewiß ist sich heute der große Teil der Arbeiterinnen des auf ihnen lastenden wirtschaftlichen Druckes nicht bewußt, weil sie die gegebenen Verhältnisse als etwas Unabänderliches betrachten. Sozialistische Erkenntnis der Ursachen der wirtschaftlichen Notlage ist unter den Arbeiterinnen noch wenig verbreitet, sie warten noch immer, daß auch in ihnen der Glaube an die Zukunft geweckt wird. Es ist auch höchste Zeit, daß wir uns mehr als bisher mit dieser Frage befassen, weil die Macht der Arbeiterin in dem Maße wächst, wie ihre Teilnahme an der Lohnarbeit steigt.

Auch für die Politik gilt das. In kirchlichen Kreisen hat das Frauenwahlrecht seine Schrecken verloren und selbst in der Aristokratie spielt man mit dem Gedanken, ob nicht mit Hilfe des Frauenwahlrechts die politische Macht der Arbeiterklasse gemindert werden könne. Auch die Frage der Jugend- und -organisation hängt innig mit der Organisation der Arbeiterinnen zusammen. Der Einfluß der Mutter reicht viel weiter als der des Vaters. In den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kämpfen der Arbeiterin müssen die beiden Geschlechter geschlossen und einander stützend marschieren, wenn dauernde Erfolge errungen und der endgiltige Sieg gesichert werden soll.

Die Arbeiterin leidet noch mehr unter ihrer Erziehung als der Arbeiter. Im Durchschnitt wird in der Arbeiterfamilie auf die Erziehung der Mädchen weniger Sorgfalt verwendet, als auf die der Knaben. Gedankenlos wird da viel gesündigt. Schon die ersten Eindrücke des Mädchens zeigen ihm, daß zwischen den Geschlechtern ein Unterschied ist. Zur Ueberwachung jüngerer Geschwister wird das Mädchen und nicht der ältere Knabe verwendet. Das gleiche ist im Haushalt der Fall. Gedankenlos betrachtet man es als selbstverständlich, daß ein 13-jähriges Mädchen den Haushalt führt, während sich der gleichalterige Knabe vergnügen darf. Von dem Mädchen verlangt man Sittsamkeit und ruhiges Betragen, obwohl es sich ebenso gern austoben möchte wie der Knabe.

In der Schule wird getrennt unterrichtet. Außer einer Reihe Religionsstunden wird noch viel Zeit auf die Erlernung von Handarbeiten verwendet, die ihre Bedeutung für das praktische Leben verloren haben. Das Mädchen tritt aus der Schule, ohne auch nur das geringste gelernt zu haben, das es in seinem künftigen Beruf als Arbeiterin einführt. Im Gegenteil: Sie fühlt sich als Weib und hofft, daß die Lohnarbeit nur eine vorübergehende Episode in ihrem Leben sein werde. Diese Auffassung herrscht allerdings nicht überall. In industriell fortgeschrittenen Städten zeigt das praktische Leben, daß ihr Los nur das der für andere schaffenden Arbeiterin sein kann.

Mit dem Eintritt in die Arbeit tritt ihr der männliche Arbeiter nicht als Kollege gegenüber, er

sieht in ihr nur das Weib. Welche Neben muß da eine junge Arbeiterin annehmen! In diesem Punkte wird in der Erziehung der Knaben viel gesündigt. Es ist dies auch die Ursache einer Erschöpfung, die sich in der Arbeiterbewegung beinahe überall zeigt. Die jungen Arbeiterinnen suchen mit Vorliebe Veranstaltungen bürgerlicher Kreise auf. Man begegnet ihnen lebenswürdig und das zieht sie an. Die billigere, dafür aber desto schlechtere Tagespresse bildet den Lesestoff der jungen Arbeiterin und ihr Denken wird davon beeinflusst. Jede wirtschaftliche Erkenntnis ist ihnen fremd und ihr Denken konzentriert sich vorläufig auf das Gelingen der Jugend.

Der jugendliche Arbeiter und der Lehrling finden Anstoß in ihren Vereinen, sie machen Ausflüge und Unterhaltungen. Die jugendliche Arbeiterin ist auf sich selbst angewiesen. Auch in den Gewerkschaften wird zu wenig Rücksicht auf die junge Arbeiterin genommen. Betrachtet man eine Versammlung, dann wird man die Erfahrung machen, daß junge Arbeiterinnen über die ernstesten Dinge lachen können. Die Ursache liegt darin, daß die junge Arbeiterin nicht zum Denken geweckt wurde. Sie erwacht erst, wenn sie in die Ehe tritt. Bald hat sie erkannt, daß sie sich von der Lohnarbeit nicht befreien kann und ihr Leben zwischen Fabrik- und Hausarbeit zubringen muß. Die Kinder kommen und der ganze wirtschaftliche Druck lastet auf ihr. Jetzt wird sie für die Organisation zugänglich. Der Sozialismus klingt ihr wie ein Evangelium, das ihre wirtschaftliche Befreiung verkündet. Sie kann sich aber schwer von ihren Eindrücken und der gewonnenen Auffassung lösen. Die große Zahl der organisierten Arbeiterinnen glaubt an den Sozialismus, aber ihr Glaube ist, daß dieser Erretter sie befreien wird, ohne daß sie selbst etwas dazu zu tun brauchen. Ihre Gedanken werden weit mehr von den Lehren der Konfessionen beeinflusst als die des Mannes.

Die Frage des Frauenwahlrechts ist gewiß ein Gegenstand, der alle Arbeiterinnen interessieren dürfte. Die Durchschnittsarbeiterin hat aber für das politische Recht des Weibes keine große Begeisterung, selbst bei fortgeschrittenen Arbeiterinnen findet man wenig Verständnis dafür. Wie oft hört man die Antwort: „Ach was! Wenn es den Männern nicht gelingt, unsere Lage zu verbessern, wie soll es dann erst uns Frauen gelingen?“ Für politische Fragen zeigt die Arbeiterin überhaupt wenig Interesse, aber sie hat Verständnis für alle Fragen, die mit ihrer wirtschaftlichen Lage im nahen Zusammenhang stehen. In wirtschaftlichen Kämpfen ist die Arbeiterin ausdauernder als der Arbeiter und zu jedem Opfer bereit.

Auch der Egoismus ist bei der Arbeiterin stärker ausgebildet als beim Arbeiter. Das hat in der wirtschaftlichen Notlage seine Begründung. Die Sorgen des Haushalts lasten in erster Linie auf ihr. Gewiß leidet der Arbeiter ebenso unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, aber schließlich liefert er nur den verdienten Lohn ab und erst die Frau muß die Einteilung treffen, um das Auslangen zu finden. Die Arbeiterin berechnet ganz genau, welche persönlichen Vorteile ihr die Gewerkschaft durch die Unterstüßungen bietet. Dieser Egoismus ist bei den fortgeschrittenen Arbeiterinnen weiter nicht gefährlich, kann aber bei den rückständigen großen Schaden anrichten. Die in den christlichen Vereinen befindlichen Arbeiterinnen spezifizieren weit mehr als die dort befindlichen Männer, sich durch ihre Zugehörigkeit eine besser entlohnte Arbeit zu verschaffen.

Ist der Arbeiterin erst einmal zum Bewußtsein gekommen, daß sie in der Organisation mitarbeiten muß, dann tut sie es mit ganzem Herzen. Eiferfüchtig wird darüber gewacht, daß die Frauen die ihrer Zahl entsprechenden Vertrauensstellen

erhalten. Leider wird von den Genossen diesem berechtigten Bestreben nicht immer nach Möglichkeit Rechnung getragen und dadurch nicht nur Ermüderung erzeugt. Es ist dies auch ein Hindernis für die Ausbildung von Arbeiterinnen zu tätigen Agitatoren.

Die Lohnarbeiterin ist nicht leicht geneigt, ihren Verdienst aufzugeben. Hat sich die wirtschaftliche Stellung ihres Mannes gebessert, die ihr ermöglicht, die Fabrikarbeit aufzugeben, so tut sie das ungern und sehnt sich danach zurück. Sie findet sich nur schwer dazwischen, vollständig vom Manne abhängig zu sein. Muß sie die Arbeit wegen zu vieler Kinder aufgeben, so verkümmert sie geistig unter der drückenden Sorge und in der ständigen Not; sie ist dann nie mehr für eine Organisationsarbeit zu haben. Auch die anderen Arbeiterinnen sind überanstrengt, das tritt besonders bei der Pflicht, für kleine Kinder zu sorgen, hervor. Zu der Arbeit in der Fabrik und im Hause kommt noch die gestörte Nachtruhe. Wenn sich dieser Vorgang öfter wiederholt, dann brechen auch wirtschaftlich besser gestellte Arbeiterinnen geistig und körperlich zusammen, dann sind sie für die Organisation verloren. Unter diesen Arbeiterinnen sucht und findet der Merkantilismus seine Opfer. Er verspricht ihnen zwar keine Rettung, aber er stellt einen Wechsel auf das Jenseits aus, die jeder Hoffnung beraubte Arbeiterin greift begierig danach.

Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit findet deshalb bei allen Arbeiterinnen das größte Verständnis, wenngleich immer der Zusatz gemacht wird: Es darf keine Verminderung des Lohnes damit verbunden werden.

Das Denken selbst fortgeschrittener Arbeiterinnen wird auch sehr viel von Kleinigkeiten in Anspruch genommen, die mit ihrer wirtschaftlichen Lage in keinem Zusammenhang stehen. Sie können sich nur schwer von den Wirkungen ihrer verkehrten Erziehung befreien. Streng genommen dürften aber Arbeiterinnen und Arbeiter den gleichen Fehler gemeinsam haben. Wird einmal die Erziehung vom Geiste des Fortschritts durchweht, dann wird das sicher verschwinden.

Die Gedanken der Arbeiterin werden weit mehr als die des Arbeiters von der Lektüre beeinflusst. Gewöhnlich wird auch der Durchschnittsarbeiter seine Zeitung kritisch lesen und die Schundpresse kann daher keinen so großen Schaden stiften. Sein Urteil wird durch den Verkehr mit fortgeschrittenen Arbeitern geschärft. Anders die Arbeiterin: Die Durchschnittsarbeiterin wird das, was sie in der Zeitung liest, als unbedingte Wahrheit betrachten.

Dringt auch der Geist des Sozialismus unter den Arbeiterinnen vor, so bleibt doch noch eine Riesenscheitelparade zu tun.

Korrespondenzen.

Cassel. Versammlung vom 2. Juni. Es wird mitgeteilt, daß 2 Mitglieder erkrankt sind. Die letzte Sitzung des Kartells befahte sich insbesondere mit der Erhöhung der Beiträge mit dem Ergebnis, daß dieselben um 1/4 Pf. erhöht wurden. Des ferneren ist dem Vorstand ein Schreiben zugefandt, in welchem die männlichen Mitglieder ersucht werden, sich der Arbeiter-Sanitätskolonne anzuschließen. Am 12. Juni findet eine Versammlung des graphischen Kartells statt mit dem Thema: Die neue Reichsversicherungsordnung. In dieser Versammlung vollständig zu erscheinen ist die Pflicht aller Mitglieder. Referent ist der Arbeitersekretär Möfinger-Magdeburg. Das am 6. Juni abgehaltene Tanzfränzchen ergab einen Ueberschuß von 21,55 Mk. Aufgenommen wurde eine Kollegin. Bei der Firma Wils, Schlemming waren Differenzen ausgebrochen, indem das Personal wegen unständiger Behandlung durch den Betriebsmaschinenmeister Dertler sämtlich die Kündigung einreichten.

*) Aus der sozialdemokratischen Monatschrift „Der Kampf“.

Es ließ sich jedoch durch Bemühen des Vorstandes eine Unterhandlung herbeiführen mit dem Ergebnis, daß die Mündigung rückgängig gemacht wurde; auch wurde Herr Dertler Harlegel, daß man mit organisiertem Personal nicht nach Berlinen umspringen kann, als dies vielleicht sonst der Fall ist. Ein zweiter Fall betraf die Firma A. Schlemming; diese hat am 1. Mai die durchgehende Arbeitszeit eingeführt. Dieselbe beträgt 8½ Stunden. Die Drucker nun erhielten auf Vorstelligen werden die Bewilligung, am Sonnabend um 4 Uhr aufzuhören, während das Hilfspersonal bis 1½ Uhr arbeiten sollte. Durch Vermittelung des Vorsitzenden erklärte sich Herr Schlemming in Gegenwart unserer Vertrauensperson bereit, auch für die Mädchen den 4 Uhr-Schluß einzuführen. Am nächsten Sonnabend jedoch erließ Herr Schlemming durch seinen Betriebsleiter Weber den Befehl, daß die Mädchen bis um 1½ Uhr zu arbeiten hätten. Auf Grund der Vereinbarung jedoch weigerten sich unsere Kolleginnen und gingen ebenfalls um 4 Uhr fort. Die Vertrauensperson wurde nun für das Vorgehen des übrigen Personals verantwortlich gemacht und ihr am nächsten Montag gekündigt. Desgleichen hatte Herr Schlemming einer anderen Kollegin, welche den Lohn von 7 Mk. erhielt, ihr aber dann ebenfalls bei der Unterhandlung den tariflichen Lohn von 8,50 Mk., also 1,50 Mk. Zulage bewilligte, am nächsten Sonntag nur 75 Pf. zugelegt. Da eine friedliche Beilegung der Differenzen nicht möglich war, kam die Sache vor das Schiedsgericht. In dieser Schiedsgerichtsitzung wurde nun folgende Entscheidung einstimmig getroffen: Herr Schlemming wird erucht, die Mündigung der Kollegin Medel zurückzunehmen, da erwiesen ist, daß sie das übrige Personal nicht beeinflusst habe, entgegen den Anordnungen des Chefs zu handeln, ferner die mehr geleistete Arbeitszeit als Ueberstunde zu bezahlen, als auch der Kollegin den noch rückständigen Lohn, pro Woche 75 Pf. mehr, von dem Zeitpunkt ab nachzahlen, als sie bei der Firma deshalb vorstellig wurde. Herr Schlemming hat sich nun vor dem Schiedsgericht wohl oder übel gefügt und alles bewilligt. Der dritte Fall betraf die Firma S. Grünbaum wegen Nichtbezahlung des Himmelfahrtstages, tarifliche Entlohnung der Bronzierer, Einführung der tariflichen Arbeitszeit von 9 Stunden, seither 9½ Stunden, oder falls dies nicht angeht, da die Firma ein gemischter Betrieb ist, Bezahlung der halben Stunde als Ueberstunde und tarifliche Entlohnung von 11 Mk. für eine Kollegin. Herr Grünbaum, welcher nicht selbst anwesend war, aber sich in einem Schreiben an das Schiedsgericht auf seine Arbeitsordnung berief, weigerte sich, in der Sitzung zu erscheinen. Das Schiedsgericht traf einstimmig folgende Entscheidung: „Da nur die Allgemeinen Bestimmungen des Tarifs für uns in Betracht kommen, hat demgemäß die Firma S. Grünbaum: 1. die Bezahlung des Himmelfahrtstages als gesetzlichen Feiertag; 2. tarifliche Entlohnung des Bronzierens; 3. Einführung der tariflichen Arbeitszeit von 9 Stunden oder Bezahlung der halben Stunde als Ueberstunde; 4. die tarifliche Entlohnung einer Ueberstunde zu bewirken.“ Mit dem Appell, stets treu zum Verband zu halten und die tariflichen Positionen nicht aus dem Auge zu lassen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Darmstadt. In der am 8. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte Gauleiter Kollege Raab aus Frankfurt a. M. über die Vertagung der permanenten Kommission. Redner führte den Anwesenden die Entstehung unseres Tarifes vor Augen und wie er in den einzelnen Städten von seiten der Prinzipale durchbrochen wird. Er wies ferner auf den famosen Stettiner Tarif hin, durch welchen von den Allgemeinen Bestimmungen auch nichts mehr übrig blieb. Da dieses auf die Dauer nicht so weiter gehen konnte und von allen Orten Beschwerden einließen, sah sich unser Zentralvorstand veranlaßt, mit dem Vorstand des deutschen Buchdruckervereins eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten, die denn auch im November 1908 tagte. In dieser Sitzung wurde dann eine permanente Kommission geschaffen zur Ueberwachung unseres Tarifes, die auf wiederholtes Verlangen am 18. Mai in Leipzig zusammentrat. Wenn wir nun glauben, jetzt würden alle Mißstände beseitigt, so irren wir uns gewaltig. Denn ehe noch in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, hatten die Prinzipalsvertreter einen Vertagungsgrund gefunden, und diesmal mußten die Berliner herhalten; sie sollten in einer Druckerlei passiven Widerstand geleistet haben. Daß es den Prinzipalsvertretern nicht allzu sehr ernst mit der Sitzung war, erhellt schon aus dem Grunde, daß von dem größten Tarif-

orte Berlin die Vertreter fehlten, trotzdem sie zweimal eingeladen waren. Nachdem noch in der Diskussion verschiedene Redner ihre Mißbilligung über die Vertagung zum Ausdruck brachten und verschiedene Mißstände sowie Umgebung des Arbeitsnachweises erörterten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 8. Juni im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen das Verhalten der Prinzipalsvertreter und bebauert auf das Lebhafteste die Vertagung der permanenten Kommission. Die Versammlung erblickt hierin eine Mißachtung unserer Vertreter und erwartet, daß in aller Mäße die Kommission zusammentritt und durch eine Geschäftsordnung die Vertagung wichtiger Sitzungen aus solchen Gründen unmöglich macht, da durch solche Vorformnisse das Vertrauen zu unseren Tarifinstanzen erschüttert wird, was im Interesse der Aufrechterhaltung und des weiteren Ausbaues des Tarifes unbedingt schädlich ist. Ferner protestiert die Versammlung gegen den unnötigen Zeitverlust und die dadurch entstehenden Kosten und erwartet, daß es in Zukunft den Prinzipalsvertretern erster ist mit den Vertagungen.“

Halle a. S. In der Mitgliederversammlung am 5. Juni erstattete der Kassierer Bericht über das 1. Quartal, aus dem zu ersehen war, daß die Zahl der Mitglieder auf 105 gestiegen ist. Der Vorschlag des Verbandsvorstandes bezgl. der Beitragsregelung inwalder Mitglieder wurde einstimmig angenommen. Eine Antwort der Prinzipalsorganisation auf unsere letzte Eingabe, die Tarifverhandlung betreffend, ist noch nicht erfolgt, jedoch wir uns in kurzer Zeit mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. (Die Antwort ist inzwischen eingegangen. Der Schriftf.) Ein Kollege schilderte Johann die Schwierigkeiten, die bei der Agitation zu überwinden sind. In der Steindruckerei Gebr. Keil war es die schon länger dort beschäftigte Anlegerin Sch., welche auf die Aufforderung, der Organisation beizutreten, so laut antwortete, daß es der Chef hören mußte; obendrein ging sie noch zu diesem und beschwerte sich über den Kollegen. Sie erklärte auch, mit ihrem Lohn von 8 Mark zufrieden zu sein. Ihre Versuche, die Kolleginnen vom Verbands abzubringen, scheiterte an der Tatsache, daß bei dieser Firma Löhne von 3 bis 3,50 Mark für jugendliche Arbeiterinnen bezahlt werden und nicht alle Menschen so „zufrieden“ sind wie die Sch. Nachdem der Vorsitzende den Fall noch besprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Münchener-Fürth. In der am 9. Juni abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung gelangte nach einem Referat Necklings über „Die permanente Tarifkommission und wie erfüllt dieselbe ihre Aufgaben“, einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der das Verhalten der Prinzipalsvertreter aufs Schärfste gemißbilligt wird. In der Firma Wolfrum u. Hauptmann verursachte eine Kesselerplosion eine längere Stilllegung des maschinellen Betriebes, weshalb unsere Kolleginnen einige Zeit aussetzen sollten, während die Kollegen mit Räumungs- und Reinigungsarbeiten beschäftigt wurden. Durch eine Unterhandlung, die Neckling und ein Vertreter des Seneffelderbundes mit dem einen Prinzipal hatte, wurde erreicht, daß man die Kolleginnen nach Möglichkeit beschäftigte und die Firma einen Teil des Lohnausfalls vergütete, so daß nur zwei Tage in Abzug kamen. Das Hilfspersonal der Firma Ritter u. Kloeden beauftragte die Verwaltung, bei den Prinzipalen um Gewährung einer Zulage nachzusuchen. Der Vertreter der Firma versprach bis Samstag Antwort zu geben. Da bis zu diesem Tage keine Antwort erfolgt war, beschloß das Hilfspersonal, die Geschäftsversammlung zu vertagen. Am Montag früh entschloß sich die zwei Vertrauenspersonen und war vollständig dem Betrieb ferngeblieben. Die Kollegen Dagner und Neckling wurden nochmals vorstellig; es wurde ihnen jedoch bedeutet, daß ein Brief bereits abgegangen sei. Bei den Verhandlungen war auch der Vorsitzende des hiesigen Schutzverbandes, Herr Hermann Richter, zugegen, der durch schneidendes Auftreten glaubte uns einschüchtern zu können. Er warf sich ganz gewaltig in die Brust und sagte: „Sie glauben gewiß, Sie haben es mit einer kleinen Dackelchen zu tun, dies ist eine Schutzverbandsfirma“ usw. Daß er uns noch beschuldigte, Kenntnis zu haben von dem Brief, der leider an unseren früheren Vorsitzenden gerichtet war und uns erst am Dienstag zugestellt wurde, brachte denn doch aber auch uns etwas in Erregung und Neckling erklärte, daß wenn sich Herr Richter noch

einmal derartige Verbächtigungen erlaube, er die Verhandlung sofort abbrechen. Das Personal, das immer noch in der Versammlung blieb, während die Drucker einmal mit Mühe frühstücken konnten, beschloß dann, die Arbeit um 1/10 Uhr wieder aufzunehmen und fanden nun Verhandlungen statt. Der Vorsitzende des Schutzverbandes bemühte sich, bei den Verhandlungen nachzuweisen, daß die Löhne nicht rückständig seien und wollte nur einige der niedrig entlohnten Arbeiterinnen aufgebessert wissen, während die Kollegen völlig leer ausgehen sollten. Eine am selben Abend stattgefundenen Geschäftsversammlung bewertete die vereinzelt zugelegten als ungenügend und lehnte einstimmig das Bewilligte ab. (6 Kolleginnen sollten je 50 Pf. bekommen.) In einer nochmaligen Verhandlung mit den beiden Firmeninhabern wurde dann erreicht, daß die Schleifer mit 1 Mk. und eine größere Anzahl Arbeiterinnen mit 50 Pf. bis zu 1 Mk. aufgebessert wurden. Da der Geschäftsgang in genannter Firma zu wünschen übrig läßt und man auch versicherte, bei Eintritt besserer Konjunktur weitere Verbesserungen folgen zu lassen, so liegt es an unseren dort beschäftigten Mitgliedern, die Herren zu gegebener Zeit daran zu erinnern. Unser Vorgehen beschleunigte auch die Entscheidung in einer anderen Firma, bei der die Schleifer um Zulage nachsuchten, aber nur ein Kollege für würdig befunden wurde, denn man teilte den Uebrigen bei nochmaligem Vorstelligen mit, daß nun jeder um 1 Mk. aufgebessert wird. Dem Bericht vom Graphischen Kartell ist zu entnehmen, daß in nächster Zeit eine große öffentliche Versammlung sämtlicher in den graphischen Berufen beschäftigten Personen stattfindet, die sich mit den Verhältnissen der einzelnen Betriebe eingehend befaßt. Ist der agitatorische Erfolg einer solchen Veranstaltung für uns auch nicht zu hoch anzuschlagen, so müssen gerade zur jetzigen Zeit die großen, gemeinsamen Gesichtspunkte mehr hervorgehoben werden, wenn man sieht, wie z. B. in München der Gedanke des Industriebundes, speziell von seite des Seneffelder-Bundes lebhaft propagiert wird. Ohne sich Illusionen hinzugeben, als ob eine Verschmelzung in kurzer Zeit erfolgen könnte, so müssen wir im Auge behalten, daß die Entwicklung der Unternehmerverbände die gewerkschaftliche Differenzierung der qualifizierten Arbeiter aufhebt und den Gegensatz zwischen gelerntem und ungelerntem Personal beseitigt. Unter Verschiedenem wurde auch mitgeteilt, daß in den Mauern der alten Novis in nächster Zeit die Hauptversammlung des Schutzverbandes abgehalten wird, zu dessen Vaterchaft sich ja Herr Richter bei den Verhandlungen mit so großem Stolz bekannte.

München. Zu den Ausführungen des Hauptvorsitzenden der Lithographen und Steinbrücker, Kollegen Otto Sillier in Nr. 25 der „Soli.“ unter dem Titel: „Zum Münchener Versammlungsbericht“ (soll aber jedenfalls heißen, zu dem Bericht über die Firma „Graphia“?) freut es mich, konstatieren zu können, daß durch meine Lieblingsschäftigung ich doch erreicht habe, daß Kollege Sillier eine Erklärung in unserem Verbandsorgan abgab, durch die die schwindelhaften Mandate einer der Führer des Schutzverbandes vor der breitesten Öffentlichkeit dargestellt werden und worin dokumentiert wird, daß der Schutzverband seinen auswärtigen Mitgliedern vollständig falsche Mitteilungen zugehen läßt, was die Arbeiterschaft sich wohl für die Folge merken wird.

Ich stehe nun nicht an, den Ausführungen des Kollegen Sillier in der 7½-Stunden-Entschädigungsfrage, wie er sie in obenerwähnter Nummer unserer Zeitung machte, vollen Glauben beizumessen, erkläre aber ausdrücklich, daß die Direktion der Firma unterm 23. 5. 09 der Organisationsleitung der Lithographen und Steinbrücker Münchens Kenntnis gab: „Daß der Schutzverbandsvorstand an die Firma Graphia die Mitteilung gelangen ließ, daß er mit Herrn Sillier Rücksprache genommen hat über die Bezahlung der Feiertage bei einer Arbeitszeiterfüllung auf 7½ Stunden und daß Herr Sillier mit dem Schutzverbandsvorstand einig geworden ist, daß bei einer Arbeitszeiterfüllung auf 7½ Stunden an Feiertagen ebenfalls nur 7½ Stunden zu zahlen sind.“

Da ich nun nicht annehmen konnte, daß der Schutzverband sich erdreiste, den Namen des Kollegen Sillier in einer derartigen Weise zu mißbrauchen, wird jeder vorurteilslose Leser auch die von mir im Interesse unserer Kollegenschaft geübte Kritik zu würdigen verstehen.

Albert Schimidt.